

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 9

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Der «*General Council of the Presbyterian Church in the U. S. A.*» warnt in einem am 2. November veröffentlichten Manifest vor den Folgen der in Amerika zur Bekämpfung des Kommunismus angewendeten Methoden («*New York Times*», 3. 11. 1953). Nach einem einleitenden Hinweis auf die Gefahr kommunistischer Infiltration und die Notwendigkeit ständiger Wachsamkeit erklärt das Manifest: «Gleichzeitig haben die Bürger Amerikas und insbesondere diejenigen, welche Protestanten sind, Grund, mit Ernst die Lage zu betrachten, welche durch die fast ausschließliche Konzentration der amerikanischen Meinung auf das Problem der kommunistischen Gefahr entstanden ist. Unter Berufung darauf, daß die amerikanische Gesellschaft in unmittelbarer Gefahr sei, durch eine satanische Verschwörung vernichtet zu werden, gehen gefährliche Entwicklungen in unserem nationalen Leben vor sich. Begünstigt durch eine Atmosphäre starker Unruhe und Verdächtigung ist ein feiner, aber machtvoller Angriff auf grundlegende Menschenrechte im Gange. Einzelne Untersuchungen des Kongresses zeigen eine klare Tendenz, den Charakter von Inquisitionen anzunehmen. Diese Inquisitionen, die ihr historisches Vorbild im mittelalterlichen Spanien und in den Gerichtsverfahren der modernen totalitären Staaten finden, beginnen in Amerika eine Drohung für die Gedankenfreiheit zu bilden. Verrat und Andersdenken werden verwechselt. Der Bereich des Gewissens und des eigenen Urteils, zu dem Gott allein Zutritt hat, wird verletzt. Unamerikanische Ansichten gegenüber Ideen und Büchern werden geläufig. Integre Bürger sind Angriffen ausgesetzt, die unserer demokratischen Tradition ganz fremd sind. Sie sind ganz besonders der protestantischen Tradition fremd, die eine der Hauptquellen der Freiheiten bildet, welche das Volk der USA genießt. Noch viel schwerwiegender aber ist folgende Tatsache: Eine große Anzahl Leute, innerhalb und außerhalb der Regierung, treten in einer rein negativen Weise an das Problem des Kommunismus heran. Der Kommunismus, der im Grunde ein sekulärer religiöser Glaube von großer Vitalität ist, wird so ausschließlich als Polizeiproblem behandelt. Eine Folge hiervon ist, daß ein fanatischer Negativismus gegen den Kommunismus entsteht. Völlig ohne konstruktives Programm trägt dieser Negativismus die Gefahr in sich, die amerikanische Meinung in ein geistiges Vakuum zu führen.»

In dem Artikel «*Ein Mann verwandelte Portugal*» («*Rheinischer Merkur*» Nr. 39) charakterisiert der Verfasser, Dr. Anton Böhm, in interessanter Weise die Persönlichkeit von Salazar und schreibt unter anderem, dieser habe schon 1942, «als bei den Westalliierten kein Mensch daran zweifelte, daß die kommende Weltordnung vom Kreml mitgetragen werden müsse, Roosevelts und Churchills Glauben an eine dauernde Verständigung mit den Sowjets als den Ausdruck einer ‚tiefen Verwirrung der Geister‘ bezeichnet; 1944 hat er bereits den Atlantikpakt vorausgesehen, 1947 Zweifel an der Universalheilskraft des Marshallplans geäußert und 1949 die Einbeziehung Deutschlands in den Atlantikpakt gefordert. Die Morgenthau-Konzeption hat er immer mit Bestimmtheit abgelehnt und den raschen Wiederaufbau Deutschlands verlangt; der Alptraum von einem durch die Vernichtung Deutschlands desorganisierten, wirtschaftlich schwachen und entmachteten Europa hat ihn immer aufs tiefste bedrückt. Denn wenn auch Portugal vorläufig ebensowenig wie Spanien an der europäischen Integration teilnimmt — Salazar ist einer der großen Europäer, die erkannt haben, daß alle Zeichen der Zeit auf Einigung stehen und daß es den Untergang bedeuten würde, das nicht zu verstehen.»

Sowohl im sozialistischen als auch im bürgerlichen Lager unseres Landes war man überrascht, als das Resultat der deutschen Bundestagswahlen die eindeutige *Niederlage der Sozialdemokraten* verkündete, die es virtuos verstanden hatten, die Register des Sehns nach einer besseren Zukunft, einer durchorganisierten Wirtschaft und einer neuen Führerschaft zu ziehen. Um so interessanter war es, die verschiedenen Analysen des bürgerlichen Wahlerfolges in der deutschen Presse selbst zu studieren. In Nr. 39 des «*Sonntagsblatt*» (Hamburg) trifft *Ferdinand Fried* den Nagel auf den Kopf, wenn er schreibt: «Und auch die Industriearbeiter selbst werden politisch um so vorsichtiger und zurückhaltender, je mehr sie an den Gütern dieser Zivilisation teilhaben und je mehr sie dabei zu Eigentum aufsteigen.» — Der Autor spricht in diesem Zusammenhang von der *Verbürgerlichung des Arbeiters* und kommt folgerichtig zum Schluß, daß es zur Tragödie der sozialistischen Partei gehöre, sich selbst zu opfern, indem sie bessere Lebensbedingungen schaffe. Damit aber gerät ihr Programm oder deutlicher ausgedrückt ihre Weltanschauung in eine eigentliche Krise, eine Krise übrigens, die kommen mußte, weil der Marxismus sich in der Praxis als falsch erwies und als Utopie eines Tages zerbrechen mußte. Die Gesellschaftsordnung des Frühkapitalismus raste nicht in den Tod und fiel nicht in Trümmer, sondern wandelte sich, manchmal unter gewaltigen Krisen und Erschütterungen, im ganzen aber doch unversehens und von den Zeitgenossen kaum bemerkt, allmählich in eine ganz andere Gestalt, für die, wie der Autor feststellt, wir noch keinen rechten Namen haben, «von der wir aber nur eines wissen: es ist nicht mehr der alte Kapitalismus.»

Das wichtigste Moment ist dabei die Tatsache, daß auch der Arbeiter in vollem Umfange am technischen Komfort unserer Zeit teilnehmen kann, so daß die ehemals feindlichen Brüder, nämlich Kapitalismus auf der einen und Sozialismus auf der andern Seite, die Kampfstellungen aufgeben mußten, um mit ehrlichem Willen zu einer echten *Zusammenarbeit* zu kommen. Als dritte Kraft drängte sich sodann in den dreißiger Jahren der großen Krise der Staat als ordnende Macht in das Wirtschaftsleben hinein. Der Autor ist der Meinung, daß der moderne Staat, auftretend als Wohlfahrts- und Steuerstaat, zwar übertreibe, daß aber gerade deshalb mit ihm nur als mit einer Übergangserscheinung zu rechnen sei.

In diesem Zusammenhang besteht somit die Frage zu Recht: «Wo ist heute in dieser völlig veränderten Arbeitswelt noch Platz für den Marxismus?» Daß er seinen Platz abtreten mußte, und zwar zugunsten einer gesünderen und besseren Wirtschaftsdoktrin, beweisen alle jene Länder, in denen er Gelegenheit hatte, die Richtigkeit seines Dogmas zu beweisen und dabei kläglich versagte. Gerade die heutige, realistisch eingestellte Jugend verlangt aber Beweise, und da diese nicht erbracht werden können, kehrt sie den Theorien von Verstaatlichung, Sozialisierung und Planwirtschaft den Rücken. Wenn aber erst die Jugend fern bleibt, dann droht die Partei zu erstarren und zu verkalken, sie wird, wie der Autor treffend bemerkt: «eine Mumie aus dem 19. Jahrhundert, die immer mehr einschrumpfen wird.»

Aus den gleichen Überlegungen heraus kommt *W. Fredericia* in der Nr. 41 der angesehenen Wochenzeitung «*Die Zeit*» (Hamburg) zum Schlusse, daß der Marxismus zu den großen Utopien der Geschichte gehöre. Dabei dehnt er seine Analyse auch auf das «Arbeiterparadies» Rußland aus, wo es sich in der Praxis bestätigte, daß die Diktatur des Proletariates zu einer *Diktatur des Staatsapparates über das Proletariat* führen muß. Mit einer gewissen Ironie kann daraus abgeleitet werden: «es war das Unglück der Marxisten, daß eines Tages Lenin kam und die Marxschen Gedanken in die Tat umsetzte.» Allerdings ist gerade deshalb gegenüber Rußland größte Wachsamkeit am Platze, denn die Sowjetunion ist zwar nur mehr eine militärische Macht, aber gerade das kann, wie der Autor mit Recht sagt, in den kommenden Jahren ihre Gefährlichkeit erhöhen.

Um das Bild abzurunden, zitieren wir noch den «*Rheinischen Merkur*», in

dem bereits in der Pfingstausgabe Nr. 21 Dr. *Wilfried Schreiber* feststellte, daß die soziale Initiative eindeutig bei den Nichtsozialisten liege und die sozialen Spannungen sich immer stärker verringern, weil auch die ehemals Besitzlosen Eigentümer werden. Die Politik der Eigentumbildung in Arbeiterhand, die die Nichtsozialisten verfolgen, zertrümmert gleichsam den Monopolanspruch nach sozialer Gerechtigkeit, den die Sozialisten glauben stellen zu können. Daß der Autor Recht erhalten würde, glaubte man in der Schweiz damals vielfach noch nicht. Die Zweifler mußten sich aber durch das Ergebnis der deutschen Bundestagswahlen überzeugen lassen.

In Nr. 11 der angesehenen und kultivierten Zeitschrift *«Neues Abendland»* (München) beleuchtet *Rudolf Straßer* in Wien den österreichischen *Umschwung zur Marktwirtschaft*. Er schreibt, man sehe in Wien der ökonomischen Zukunft mit gedämpftem Vertrauen entgegen. Der Schilling gilt in der Gegenwart als eine der härtesten Währungen Europas, die Gold- und Devisenbestände der Nationalbank bilden eine rund 45%ige Deckung der Währung, und im Export der letzten Monate wurden Rekordergebnisse erzielt. Welchem Umstand ist diese Besserung zu verdanken? Der Umschwung in der österreichischen Politik von der früheren Plan- zur heutigen Marktwirtschaft ist mit Person und Programm des Finanzministers Dr. *Kamitz* verbunden, den wegen seiner wirtschaftspolitischen Erfahrungen Bundeskanzler Raab mit der Schlüsselstellung des Finanzressorts betraut hat. Das Kamitzsche Rezept zur Wirtschaftswende bestand in der Sanierung des Budgets, griff also von der Währungsseite an; der Politiker Kamitz hatte den Zusammenhang zwischen Inflationspolitik und den Zielen der sozialistischen Partei bloßgelegt. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis gelang dem Wirtschaftsexperten Kamitz in knapp zwei Jahren die Sanierung des Budgets durch scharfe Sparsamkeit im Staatsbetrieb. Die deflationistische Stabilisierung war mit einer gewissen Schockwirkung auf die Beschäftigungslage verbunden. Indessen ermöglichte das wachsende Vertrauen des ausländischen Kapitals die Inangriffnahme einer stärkeren Arbeitsbeschaffung. Trotz der aus der Struktur der österreichischen Wirtschaft resultierenden Gefahren für die ökonomische Stabilität, die das Genie von Kamitz zu meistern verstehen wird, steigert sich in der breiten Bevölkerung des Landes die Überzeugung, daß das Gespann Raab-Kamitz für Österreich eine gute Zukunft verbürgt.

Unter dem Titel *«The Press in the Satellite Countries»* veröffentlichte die Monatszeitschrift *«The World Today»* (London) in ihrer Juni-Ausgabe sehr interessante Angaben über *die gleichgeschaltete Satellitenpresse*. Die Entwicklung des Pressewesens in den osteuropäischen Staaten seit ihrer «Befreiung» gibt ein getreues Spiegelbild der politischen Entwicklung, die sich seither in diesen Staaten vollzogen hat. War für eine erste Periode von 1944 bis 1948 in der Publizistik ein «kontrollierter Liberalismus» kennzeichnend, so ist es für die zweite bis heute andauernde Periode die fortschreitende Konsolidierung der Monopolstellung der kommunistischen Presse. In Polen und Ungarn verschwanden 1948 die wenigen oppositionellen Blätter zugleich mit den entsprechenden politischen Gruppen. Von da an war für die gesamte Satellitenpresse das Vorbild der Sowjetpresse verbindlich. Wohl setzten die Blätter der den verschiedenen «Volksfronten» angehörenden Parteien ihr Erscheinen fort, und 1952 existierten in Polen noch drei unabhängige, parteilose Zeitungen, in der Tschechoslowakei ebenfalls deren drei, in Ungarn zwei, in Bulgarien und Rumänien noch je eine. Wenn diese Blätter auch noch unter ihrem alten Namen erscheinen, so hat sich doch ihr Inhalt seit 1948 grundlegend gewandelt, und diese Veränderung entspricht der veränderten Position der nichtkommunistischen Parteien in den verschiedenen Koalitionsregierungen. Nach einigen Säuberungen war es mit dem Eigenleben der nichtkommunistischen Parteien zu Ende, und so ist auch ihre Presse heute im Grunde nichts anderes als ein

etwas schwächerer Aufguß der kommunistischen Presse. Alle diese einst unabhängigen Blätter sind zwangsläufig zu saft- und kraftlosen Mitteilungsblättern herabgesunken. Verglichen mit den kommunistischen Blättern sind sie nicht mehr als deren arme Verwandte. Einen besonderen Platz nehmen die in Polen und Ungarn unmittelbar von der katholischen Kirche herausgegebenen Wochenschriften ein, die sich bemühen, den Standpunkt des höheren Klerus darzulegen. Diese Blätter müssen immer wieder scharfe Angriffe der Parteipresse und der Behörden über sich ergehen lassen, die sie zwingen wollen, sich auf die Erörterung rein kirchlich-konfessioneller Fragen zu beschränken.

Ganz im Gegensatz zu der nichtkommunistischen Presse, die eigentlich völlig überflüssig geworden ist und die früher oder später ganz von der Bildfläche verschwinden wird, ist die kommunistische Presse, die sich übrigens 1948 die gesamte sozialdemokratische Presse einverleibt hat, ein mächtiges dynamisches Unternehmen, das mit einer Unmenge teilweise sehr spezialisierter Publikationen aufwartet. Im Mai 1952 gab es in Polen 400 Zeitungen mit einer täglichen Gesamtauflage von 16 230 000 Exemplaren. Die 67 Tageszeitungen Bulgariens erreichten im Mai 1953 eine Auflage von 950 000 Exemplaren. In ihrer Aufmachung lehnt sich die kommunistische Presse eng an das sowjetische Vorbild an. Jede Volksdemokratie hat ihr besonderes Äquivalent der russischen «Prawda» mit entsprechend hoher Auflage. Nach dem in Bukarest erscheinenden Kominformorgan «Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie» (8. Dezember 1950) «spielt die kommunistische Presse eine wichtige Rolle im Kampf für den Aufbau des Sozialismus bei der Erziehung der Volksmassen», sie «entlarvt die amerikanisch-englischen Kriegstreiber», informiert über die Probleme, die die Verwirklichung der Wirtschaftspläne der verschiedenen Länder mit sich bringt, und führt einen unermüdlichen Kampf gegen alle «ideologischen Irrtümer». Die Anpassung an Moskau geht soweit, daß die osteuropäischen Kommunistenblätter die Moskauer «Prawda» bis in die kleinsten Einzelheiten der Aufmachung und Ausstattung kopieren. Außer dem offiziellen Zentralorgan der Partei gibt es in jedem Satellitenstaat noch ein dem russischen «Trud» entsprechendes Gewerkschaftsorgan, ferner Tageszeitungen und Wochenblätter für die Landbevölkerung, Armeezeitungen und Blätter der offiziellen Jugendorganisationen. Für die Provinzblätter, getreue Abbilder der hauptstädtischen Zeitungen, verlangt die Partei ein umfangreiches Netz von Volkskorrespondenten, die in den Betrieben, in den Genossenschaften oder in der Verwaltung tätig sind und die «eine enge Verbindung zwischen den Redaktionen und den werktätigen Massen unterhalten». «Rudé Právó» (Prag, 31. Januar 1953). Die Organisation dieses Systems unbezahlter Volkskorrespondenten stieß allerdings in allen Volksdemokratien auf große Schwierigkeiten, da die Korrespondenten von Betriebsleitern und Arbeitskollegen als Spitzel betrachtet und behandelt werden. «Radio Sofia» (8. Mai 1953).

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Gleichschaltung der Presse in den Volksdemokratien von 1948 bis 1952 zum ausschließlichen Vorteil der kommunistischen Presse große Fortschritte gemacht hat, wesentlich erleichtert durch die Nationalisierung aller Druckereibetriebe und Verlagsanstalten. Der Absatz wird durch Zwangsmaßnahmen auf einer bestimmten Höhe gehalten. Die Journalisten gelten als Funktionäre in Schlüsselpositionen und beziehen entsprechende Gehälter. Für alle Parteimitglieder ist die kommunistische Parteipresse Pflichtlektüre. Zusammen mit dem Rundfunk dient sie dazu, jene «Einstimmigkeit» zu erzeugen, die allem Anschein nach für die Fortführung des revolutionären Umformungsprozesses unbedingt notwendig ist.

«Der Begriff Südostasien» ist der Titel eines lesenswerten Artikels von Charles A. Fisher in der Julinumnummer der von Professor P. K. Ray in englischer Sprache herausgegebenen Zeitschrift «Eur Asia» (Calcutta). Der Autor macht darauf auf-

merksam, daß der Ausdruck «Südostasien» in den letzten zehn Jahren in zunehmendem Maße in der Literatur über internationale Probleme verwendet worden sei. Viele Verfasser haben ihn offensichtlich als Synonym für das ausgedehnte Gebiet von Pakistan im Westen bis Mandschurei und Japan gebraucht. Der bekannte indische Christ und Erzieher S. K. Datta bezeichnete es einmal als «Asiatiches Asien». Die Geographen nannten es häufig «Monsun-Asien». Nach Fishers Auffassung soll der Ausdruck «Südostasien» für das Gebiet östlich von Indien und Pakistan und südlich von China, also für Burma, Thailand, Indochina, Malaia, Borneo, Indonesien und die Philippinen verwendet werden. Diese sieben Länder weisen, wie Fisher sagt, viel Gemeinsames auf. Sie liegen zwischen dem indischen Subkontinent und dem chinesisch-japanischen Raum und stellen in mancher Hinsicht eine Einheit dar, die ein Übergangsstadium zwischen Indien und China bildet. In rassischer Hinsicht stehen die Bewohner dieses Gebiets dem Chinesen viel näher, aber entbehren dessenungeachtet des indischen Einschlags nicht. In Annam ist das chinesische Element in der südostasiatischen Kultur sogar geringer als das indische.

Im Vergleich zu den beiden benachbarten großen Ländern sticht die geringe Bevölkerungsdichte Südasiens hervor. In Südostasien leben 90 Menschen auf einen Quadratkilometer, in Indien 275, in den früheren achtzehn Provinzen Chinas 285 und in Japan 500. Seiner politischen Zerstückelung zufolge entstand aus Südostasien ein Labyrinth von Inseln und Halbinseln, auf denen chinesische Herrschaft und indische Kolonisation ihre Spuren hinterlassen haben. Schon im 8. Jahrhundert nach Christus führte die südostasiatischen Handelsmissionen ihr Weg nach China, die Waren nach diesem Lande brachten. Dies wurde von den Chinesen als ein Zeichen der Unterwerfung aufgefaßt, und die Waren wurden als ein Tribut angesehen. Eine größere Besiedelung Südasiens durch die Chinesen und die Inder setzte aber erst nach der Ankunft der Europäer in diesen Ländern ein. Heute leben über 8 Millionen Chinesen und 2 Millionen Inder in Südostasien.

Fisher bemerkt, «die Bezeichnung ‚Südostasien‘ ist erst vor ungefähr zehn Jahren im Abendland geprägt worden, und der Colombo-Plan ist schuld daran, daß man Ceylon, Indien und Pakistan miteinbezogen hat, da sich, wie man sagt, eine neue wirtschaftliche Orientierung zwischen Südasien und Südostasien angebahnt habe.» Diese Auffassung wird z. B. von Woodrow Wyatt in seiner Schrift «Southwards from China» (Hodder & Stoughton 1952) vertreten, wird aber von Fisher abgelehnt.